

Wien, Freitag, den 17. Dezember 1926.

Die Forderungen des christlichsozialen Gemeinderatsklubs. Die in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Forderungen des christlichsozialen Gemeinderatsklubs lagen dem Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat bereits in seiner Mittwochsitzung vor. In dieser Sitzung hat der Klub beschlossen, auf diese Forderungen nicht einzugehen und Verhandlungen darüber abzulehnen. Davon hat Bürgermeister Seitz am Donnerstag dem Obmann des christlichsozialen Gemeinderatsklubs Stadtrat Kunschak Mitteilung gemacht.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 17. Dezember 1926.

Fortsetzung der Generaldebatte über den Voranschlag.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Gemeinderat Ellend setzt seine Rede, die er mittags begonnen hat, fort: Es wird behauptet, dass die Christlichsozialen die Wohnbauten verhindern wollen. Das ist nicht wahr. Wir sind nur über die Aufbringung der Gelder dazu einer anderen Meinung als die Sozialdemokraten. Wir sind für eine Anleihe. Wenn tausende von Milliarden an Steuern von der Bevölkerung herauszubringen sind, wird gewiss auch das Aufleben einer Anleihe den entsprechenden Erfolg haben. Die Bevölkerung wird sicher die Anleihe der Gemeinde Wien gerne zeichnen. Nehmen Sie doch eine Anleihe auf die Häuser auf vierzig bis fünfzig Jahre auf. Wenn Sie wirklich jener Vertreter des Volkes sind, als den Sie sich geben, dann müssen Sie mit beiden Händen zugreifen, eine Volk anleihe zu machen.

Redner bespricht sodann die Verhältnisse der Baugewerbetreibenden und Bauhandwerker und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass Stadtrat Breitner doch endlich einmal seine Wohnbaupolitik ändern werde. Sonst werde die Entwertung der Wiener Realitäten weitere Fortschritte machen und das Vermögen, das in den Häusern investiert wurde, gänzlich vernichtet sein. Redner bezeichnet den Finanzreferenten als den grössten Ausbeuter, der aus der Wiener Bevölkerung das letzte Geld heraushole. Wiederholt gebraucht er die Redewendung "Sehr geschätzter Herr Stadtrat Breitner" was bei der Minderheit Heiterkeit hervorruft. Gemeinderat Müller (chr. soz.) ruft: "Herr Stadtrat, er glaubt der einzige zu sein, von dem Sie sich erweichen lassen." Weiter verweist Redner darauf, dass er als Vorsitzender des Wiener Genossenschaftsverbandes, in dem 120 Genossenschaften mit über 100.000 Mitgliedern vereinigt sind, die Verhältnisse im Gewerbe sehr genau kenne und wisse, dass unter den Arbeitern und Angestellten bezüglich der Steuerpolitik der Gemeinde irrige Vorstellungen bestehen. Die Leiter der Genossenschaften werden sich bemühen ihre Angestellten und Arbeiter entsprechend aufzuklären und ihnen vor Augen zu führen, wie das System Breitner in Wahrheit beschaffen ist und dass es letzten Endes zur Verklavung führen muss. Immer wieder müsse auf den schweren Steuerdruck hingewiesen werden, der das Unternehmertum zugrunde richtet. Insbesondere auf die schädlichen Wirkungen der Lastbarkeitsabgabe. An der Hand einer Berechnung teilt Redner mit, dass ^{von} einem Liter Wein, der um 40.000 Kronen beim Heurigen ausgeschenkt wird, nicht weniger als 11.200 Kronen städtische Abgaben zu entrichten sind. Dazu kommt noch eine vierprozentige Warenumsatzsteuer, die Weinststeuer, die Kontrollgebühr, so dass schliesslich 14.369 Kronen an Steuern und Abgaben auf dem Liter Wein lasten. Da der Anschaffungspreis 23.500 Kronen beträgt, verbleiben dem Heurigenschenker nur 2132 Kronen, und von diesem höchst bescheidenen Gewinn muss der Unternehmer Personal, Licht, Reklame, Plakatsteuer zahlen, so dass ihm zum Lebensunterhalt fast nichts übrig bleibt.

Dann kritisiert der Redner die Höhe der Automobilsteuer und wünscht, dass in der Steuerbemessung zum Schutze der heimischen Industrie zwischen den in Oesterreich erzeugten Wagen und den Wagen im Auslande ein Unterschied gemacht werde. Er bespricht sodann die Verhältnisse bei der Hauptwerkstätte der Strassenpflegebetriebe, bei der Steinmetzwerkstätte, bei der Werkstätte für Lastkraftwagenbetriebe und bei der Werkstätte für die Instandhaltung der Heizanlagen. Diese Betriebe wurden alle von der Gemeindeverwaltung errichtet, um das Gewerbe zu sozialisieren. Das kann so nicht weiter gehen. Diese Stadtverwaltung muss verschwinden und Wiener Geist und Wiener Verwaltungstalent muss wieder in das Rathaus einziehen.

Nach diesen Worten entsteht bei den Christlichsozialen eine grosse Unruhe. Ein Galeriebesucher hat bei den letzten Ausführungen des Gemeinderates Ellend gelacht. Dem Christlichsozialen bemächtigt sich eine grosse Aufregung und sie fordern ungestüm vom Gemeinderat Weigl, die Verhandlungen leitet, die Galerie zu ermahnen. Gemeinderat Weigl macht darauf die Galeriebesucher aufmerksam, dass es verboten ist, sich in die Verhandlungen des Hauses durch Beifall, Missbezeugung oder sonst wie, einzumengen. Gemeinderat Ellend schliesst: Ich hoffe und erwarte, dass die Wiener Bevölkerung in der Lage sein werde, die Leute die auf Ihre Brieftasche losgehen kräftig abzuwehren, dass diese Bevölkerung bei den nächsten Wahlen mit dem Stimmzettel in der Hand den Sozialdemokraten eine Niederlage bereiten wird. Verschiedene Wünsche, die ich hier mitgeteilt habe, will ich später in der Spezialdebatte ausführlich vorbringen (Heiterkeit bei der Minderheit). Ich möchte an Herrn Stadtrat Breitner und seine Partei appellieren, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Wir wollen hoffen, dass die Wiener Bevölkerung reinen Tisch macht, um diese Stadt von Elementen zu säubern die sie verunzieren.

Die Rede des Gemeinderates Ellend hatte vier Stunden gedauert. Als er schloss, bereiteten ihm seine Parteifreunde eine lebhafte Ovation.

Gemeinderat Doppler (chr. soz.) polemisiert ausführlich gegen den heutigen Leitartikel der Arbeiterzeitung aus dem ersichtlich sei, dass nicht das Exposé des Finanzreferenten sondern das sozialdemokratische Parteiblatt die Richtlinien für die Vorberatung des Voranschlages bestimme. In dem Artikel wird die unerhörte und unverschämte Behauptung aufgestellt, dass die Christlichsozialen im Gemeinderate frech werden, und dass deswegen weil die Minderheit sich bemüht, den Steuerwahn Breitners einzudämmen und in ruhiger sachlicher Form durch diskutabile Vorschläge den Weg zu weisen, wie eine allgemeine Steuerermässigung ohne Beeinträchtigung des sozialdemokratischen Programmes durchgeführt werden könnte. Diese Beleidigung des offiziellen Organs der sozialdemokratischen Partei, das solche niederträchtige Beleidigungen vorbringt, ist dafür zur Verantwortung zu ziehen, sondern der an der Spitze der Partei stehende Bürgermeister und andere leitende Funktionäre. Das Blatt hätte sich seine Aufgabe einfacher machen und schreiben können: Die Christlichsozialen haben zu kuschen und zu zahlen. Es wäre dasselbe gewesen. Redner verwahrt sich energisch gegen den Vorwurf als ob die Christlichsozialen die Be-

17/12

[Handwritten signature]

ratung des Voranschlags obstruieren wollten. Niemand hat dergleichen gesagt, die Christlichsozialen seien immer Feinde der Obstruktion gewesen. Die brutale Behandlung die sie im Gemeinderate erfahren, hätte ihnen tausendfältig Veranlassung zur Obstruktion gegeben, die die Sozialdemokraten im anderen Hause wegen Kleinigkeiten anwenden. Die Christlichsozialen haben lediglich von ihren Rechten Gebrauch gemacht und nehmen sachlich zum Voranschlag Stellung. Und da die Mehrheit unbelehrbar ist, wird man es begreifen, wenn die Minderheit einmal etwas deutlicher wird und sich mit dem auf der Debatte stehenden Beratungsgegenstand eingehender beschäftigt. Dieses Vorgehen Obstruktion zu heissen, sei eine demagogische Lüge. Ebenso sei es erlogen, wenn in dem Artikel der Minderheit ^{höhnlich} vorgehalten werde, dass sie zweitausend Wohnungen im Jahre wünsche und dafür obstruieren. Die Stellung der Christlichsozialen zum Wohnproblem sei der Mehrheit genau bekannt, deshalb sei der Vorwurf, dass sie gegen den Wohnungsbau obstruieren nichts als Unverschämtheit und lügenhafte Demagogie.

Der Redner beschäftigt sich dann weiters in längeren Ausführungen mit dem Leitartikel und bezeichnet den Inhalt des Aufsatzes als unverschämte Entstellung und Verleumdung. Die Sozialdemokraten haben mit diesem Aufsatz bewiesen, dass sie am Ende ihres Lateins sind. Besonders betont muss werden, dass eine solche Niedertracht noch keiner freigewählten Vertretung auf der Welt entgegengebracht worden ist. Es drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf, dieser Gemeinheit und dieser Brutalität Gleiches entgegenzusetzen. Aber die uns angeborene Kultur hält uns vor diesem Schritt zurück. Sie garnieren die Arbeiterzeitung nur mit Entstellungen, Verleumdungen und Lügen.

Wir sind, weil wir gewählt wurden, berechtigt, hier Sitz und Stimme einzunehmen, und deshalb haben wir auch das Recht, bezüglich der Personalpolitik Wünsche vorzubringen. Weil wir verlangt haben, dass die einseitige Parteipolitik aufhören möge, ist das Frechheit. Wir haben auch verlangt, es sollen die Abzüge der Beiträge für die Organisation eingestellt werden. (Gemeinderat Untermüller: Die Gemeinde als Gewerkschaftskassier). Das hat Ihr Missfallen in schrecklichster Weise ausgelöst. Frechheit ist es, weil wir verlangen, dass Anstellungen und Beförderungen nach den selbstverständlichen Voraussetzungen vorgegangen werden möge. Frechheit ist auch, was wir verlangt haben, dass jedem Terror entgegen zu treten sei und die Koalitionsfreiheit gewahrt bleibe. Der Artikel-schreiber kommt mit dem alten Schlagwort des Luegerianischen Anstellungsverbotes. Ich bemerke dazu, dass früher allen der Weg zur Gemeinde offen stand. Es sind viele Ältere und alte Beamte heute noch im Gemeindegeldienst, die jetzt sozialdemokratisch organisiert sind. Ich glaube, dass diese Herren auch schon früher Sozialdemokraten waren.

Der Artikelschreiber nennt die Christlichsozialen verächtlich Gelbe. Wenn wir uns nur flüchtig die Verhältnisse beim Verband der städtischen Angestellten betrachten, kommen wir dazu, sagen zu müssen, wie furchtbar gewagt es ist, überhaupt von Gelben zu sprechen. Bevor die Wahlen in den Gemeinderat stattgefunden haben, gab der heutige Finanzreferent dazu in seiner berühmten Zirkusrede den Auftakt. Damals erklärte er, dass die städtischen Angestellten gar keine Ursache haben, die Frage aufzuwerfen, woher die Mittel kommen, sie hätten lediglich zu fordern, die Beistellung der Mittel sei Sache des Unternehmers. Seither haben sich die Anschauungen des Finanzreferenten gründlich gewandelt, und die Leiter des Verbandes, die sich ursprünglich als politisch unbefangene gebärdeten, erhielten nach und nach Belohnungen. Der oberste Wortführer dieser Gruppe wurde mit einem Nationalratsmandat ausgezeichnet. Das hatte zu bedeuten, dass der erste Kaufpreis dafür bezahlt wurde, dass der Verband nicht allzu ungünstig die Forderungen der städtischen Angestellten

vertrete, dass der erste Schritt getan wurde, um die gelbe Farbe anzunehmen. Im Laufe der Zeit kam es dann zu vielen Amterverleihungen an prominente Führer der Angestellten, zu aussertourlichen Beförderungen, man musste die Funktionäre der Personalvertretung auswechseln, weil auch andere an die Krippe kommen wollten. Der Verband wurde zum Bannführer der nichtzufriedenen Angestellten. Bei solcher Sachlage zu schreiben, dass die "Gelben" nichts zu reden haben, ist doch eine bodenlose Unverschämtheit. Die gelbe Farbe spielt bis in die tiefsten Geheimnisse der Wines hinein und es wird sich noch als notwendig herausstellen, über gewisse Zusammenhänge des Winesprozesses zu sprechen.

Mit hoher Befriedigung konstatierte die Arbeiterzeitung, dass die Forderungen der Christlichsozialen vom Bürgermeister rundweg abgelehnt worden sind. Forcht man nach der Ursache, so wird man vielleicht finden, dass aus reinem Machtstücker an sich bescheidene und vernünftige Forderungen abgewiesen werden. Das beweist uns, dass die Sozialdemokratie im Wiener Rathaus weiterhin dieselben Wege zu gehen beabsichtigt, wie bisher, dass sie nicht daran denkt, dem Steuerwahnsinn Einhalt zu tun, dass die Mehrheit absolut nicht geneigt ist, ein klein wenig Rücksicht auf die bedrückte Volkswirtschaft zu nehmen, dass sie kein Verständnis hat für die lebendigen Bedürfnisse der Zeit, wo die ganze Volkswirtschaft zum Ausbluten ist, und wo die Arbeitslosigkeit wächst. Doch immer herrscht die Meinung vor, es werde die richtige Steuerpolitik gemacht. Man denkt nicht daran, wenigstens den Schein einer Rücksicht zu erwecken. Brutalste Ausbeutung aller Stände und Fortsetzung des Unrechtes gegenüber allen Angestellten, die sich nicht zum sozialdemokratischen Programm bekennen, Terrorismus auf allen Gebieten der Verwaltung das ist die Parole der Mehrheit.

Für alle Verleumdungen und Verdächtigungen und für alle Beleidigungen, die dieser Aufsatz enthält, ist und bleibt der Herr Bürgermeister, die ausführenden Stadträte und schliesslich die ganze sozialdemokratische Partei verantwortlich. Die Mehrheit hat uns sagen lassen, bei der Ablehnung unserer Vorschläge bleibt es. Es wird solange bleiben, glauben wir, bis die Bevölkerung mit einem kleinen Zettel zum Rechten sieht. Schliesslich und endlich liegt doch das höchste Recht der Entscheidung beim Volke.

Um zum Schlusse des Artikels finden wir eine offene Drohung. Die Vergewaltigung und Gewaltanwendung ist der Mehrheit schon so in Fleisch und Blut übergegangen, dass mit allen Mitteln versucht werden soll, unsere Kritik niederzurufen.

Als Gemeinderat Doppler dem Vorsitzenden Gemeinderat Schorsoch auf die Frage, ob er seine Rede jetzt unterbrechen und morgen fortsetzen wolle, dies bejaht, schliesst Gemeinderat Schorsoch die Sitzung um 9 Uhr. Fortsetzung der Generaldebatte morgen 10 Uhr vormittags.